



Populismus, Rechtsextremismus – Gefahr für unsere Demokratie?

Der Kampf um die demokratische und soziale Verfassung - und unsere Erinnerung

Ein Bericht über den Vortrag von Prof. Dr. Hajo Funke, Berlin, am 13. Februar 2019 in Hameln



Mit Professor Dr. Hajo Funke eröffnete ein Wissenschaftler das Projekt zum Thema „Neues Deutschland? – Kultureller und politischer Streit“, der sich mit vielen Büchern und Stellungnahmen, aber auch Gutachten vor Gericht sowie als Experte in den Medien zum Thema Rechtsextremismus geäußert hat. Er war lange Jahre Professor für Politik und Kultur am Otto-Suhr-Institut, dem Institut für Politische Wissenschaft an der FU Berlin. Eine kurze Zusammenfassung seines Vortrags:

I. Populismus, Rechtsextremismus.

Populismus ist eine Politik-Vorstellung, die von einem moralisch reinen, homogenen Volk ausgeht, dem korrupte, unmoralische und parasitäre Eliten gegenüberstehen. Dieses reine Volk wird von den Populisten selbst definiert, und wer ihren moralischen Anspruch bestreitet, wird als nicht zum Volk gehörig ausgegrenzt. Sie sind daher antipluralistisch und zutiefst autoritär. Populisten wissen auch, wer an aktuellen Problemen schuld ist; als Lösung dient der Verweis auf Sündenböcke.

Unter **Rechtsextremismus** können Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen verstanden werden, die von einer rassistisch begründeten Ungleichheit ausgehen, nach ethnischer Homogenität ihrer Völker verlangen, das Gleichheitsgebot der UN-Menschenrechtsdeklaration ablehnen und für eine autoritäre-totalitäre Ordnung eintreten.

II. Die rechtsextreme Ausrichtung der AfD.

Die AfD lässt seit 2015 eine Verwandlung in vier Stufen erkennen, beginnend mit der Entmachtung des Wirtschaftsprofessors Bernd Lucke und der Aufnahme der Islamfeindschaft ins Parteiprogramm (2016), gefolgt von der Durchsetzung der Achse Höcke-Gauland, dem Abgang von Petry und der Dominanz des Höcke-Flügel (2017) bis zur Proklamation des „Solidarischen Patriotismus“ auf dem Parteitag 2018.

Laut einem Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz verfolgen Parteien oder ihre Teilorganisationen verfassungsfeindliche Bestrebungen, wenn sie Elemente der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen zu beseitigen versuchen. Zu den Vorgaben des Grundgesetzes zählt die Garantie der **Menschenwürde**, die den einzelnen Menschen in seiner „personalen Individualität, Identität und Integrität“ und in seiner elementaren Rechtsgleichheit schützt. Dem Menschen kommt „um seiner selbst willen, allein kraft seines Menschseins, ein Achtungsanspruch“ zu. Ein Konzept mit einem biologisch-rassistischen oder ethnokulturellen Volksbegriff wird dem nicht gerecht. Das **Demokratieprinzip** ist verletzt, wenn der Parlamentarismus oder die aktuellen politischen Verhältnisse verächtlich gemacht werden, ohne aufzuzeigen, auf welchem Weg sonst dem Grundsatz der **Volkssouveränität** Rechnung getragen werden soll. Das **Rechtsstaatsprinzip** zielt auf die Bindung



und Begrenzung öffentlicher Gewalt zum Schutz individueller Freiheit und die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte sowie die Beibehaltung des Gewaltmonopols des Staates.

Gemäß dem Gutachten besteht der Führungsfunktionär der AfD, **Jörg Urban** (Sachsen) auf weitgehender Homogenität unseres Volkes, spricht **Marc Jongen** von den „genetischen Grundlagen der Kultur“ und erklärt **Alexander Gauland**, eine deutsche oder eine englische Fußballnationalmannschaft seien schon lange nicht mehr Deutsch oder Englisch im klassischen Sinne. Zwar könne man eine Verfassung ändern, nicht aber Identität und nationale Kultur; sie seien uns angeboren. Nach **Kalbitz** sind er bzw. seine Anhänger nicht bereit, dabei zuzusehen, wie sich unser Land durch Selbstvernichtung auflöst, verblendet durch die Multikultipropaganda der Deutschlandhasser. Ein **Dennis Augustin** fühlt sich durch den angeblichen Zwang bedroht, sich muslimischen Eroberern anpassen zu müssen. **Höckes** völkisch-nationalistisches und rassistisches Vokabular enthält Aussagen, wie „ethnisch homogenes Volk“, „organisches Volksverständnis“ und Überfremdung, Bevölkerungsaustausch, Umvolkung, Auflösung und Zerstörung der eigenen Gruppe, Auslöschung, d.h. „Volkstod“ als Folge von Zuwanderung, durch land- und kulturfremde Religionen, Islamisierung und „Multikulturwahn“.

III. Die zunehmende Radikalisierung der AfD und der extremen neuen Rechten.

Die Radikalisierung der AfD auf dem Weg zur Höcke-Partei führt über den Angriff auf ethnische und religiöse Minderheiten zum Angriff auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus („Wende um 180 Grad“), zugunsten einer ethnisch von sogenannten Fremden gereinigten, national-sozialen Republik.

Für **Tillschneider** ist der Islam nicht aufklärungsfähig; er wolle auch nicht, dass er aufgeklärt werde. **Carl Schmitt** sieht die politische Kraft einer Demokratie darin, das Fremde und Ungleiche, das die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten, und für den „Identitären“ **Martin Sellner** ist („wahre“?) Demokratie populistische Akklamation, Wut und Hass: „Wir wollen die Herzen in Brand setzen, etwas in Bewegung bringen, die entscheidenden Fragen erneut, tiefer und mit politischen Folgen stellen.“ Er beschwört eine geistige Unruhe, einen schlafenden „furor teutonicus“, ein ewig unzivilisierbares, urdeutsches Fieber, das „uns aus germanischen Urwäldern wie aus gotischen Kathedralen entgegenstrahlt“. Björn Höcke ruft im Sommer 2016 am Kyffhäuserdenkmal: „Die Geduld unseres Volkes ist zu Ende, und schon die alten Römer wussten vom legendären Furor Teutonicus zu berichten.“ **Ellen Kositzka** schwärmt über eine faszinierend gigantische Kundgebung der Lega Nord an einem Wochenende in Rom, über die pathetische Bombast-Musik, und den wuchtigen Einzug der Casa-Pound-Hundertschaften von der höhergelegenen Viale Gabriele d' Annunzio auf den bereits dicht gefüllten Platz. So ein tosender Beifall sei in Deutschland undenkbar.

In Chemnitz haben Höcke, Gauland, Kalbitz - gegen den hilflosen Protest aus ihrem eigenen Parteivorstand - gemeinsame Sache mit der rassistischen Pegida-Spitze gemacht. Als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“ findet keine Abgrenzung gegenüber Neonazis mehr statt. Schließlich ist die AfD ja auch politische Heimat für den radikalen Antisemiten **Gedeon**, der den „talmudischen Ghetto-Juden“ als inneren Feind des christlichen Abendlandes sieht, der heute den Westen dominiere, neben dem Islam als äußerem Feind, der via Masseneinwanderung zur Zersetzung des Landes beitrage.



IV. Auf dem Weg zur Partei einer national-sozialen, völkischen Bewegung.

Als Mittel zur gesellschaftlichen Radikalisierung wird sozialer Unmut aufgegriffen und in Aggression verwandelt. Auf dem Augsburger Parteitag 2018 wurde die Entwicklungsrichtung der Partei mit dem Kernthema Renten für einen Sonderparteitag im Jahr 2019 beschlossen, um sich „verstärkt der kleinen Leute“ anzunehmen und die sozialen Errungenschaften von 150 Jahren Arbeiterbewegung gegen die zerstörerischen Kräfte des Raubtierkapitalismus zu verteidigen“. Die Rententhematik soll bei den anstehenden Wahlen in Ostdeutschland die AfD zu stärkster politischer Kraft machen. Auch nach Höcke ist das das Zukunftsthema der AfD.

Nach dem Sturz des DDR-Systems führte zweifellos die westliche Arroganz und insbesondere die in keiner Weise demokratisch legitimierte Dominanz der „Treuhänder“ zu sozialen Spannungen und einem politischen Trauma. Die alten Normen galten plötzlich nicht mehr, aber neue waren nicht in Sicht oder wurden auf der Stelle diskreditiert. In diese offene Wunde stößt die Partei des „solidarischen Patriotismus“ (Höcke) mit dem Willen zur Macht. Höcke tritt dafür ein, die Mehrwertsteuer zu senken, Mindestlöhne zu erhöhen sowie die Renten für gering verdienende (ethnisch) Deutsche. Meuthen, Weidel u.a. plädierten dagegen in Augsburg in der Rentenfrage noch für eine sozial abgesicherte Eigenvorsorge.

Für einen Antisemiten wie **Götz Aly** ist es für Adolf Hitler darum gegangen, dass der schwerste Kampf nicht mehr gegen die feindlichen Völker, sondern gegen das internationale Kapital ausgefochten werden musste – gemeint war das „Finanzjudentum“, Höcke spricht vom Kampf gegen „die Strukturen des globalen Geldmachtkomplexes“.

V. Soziale, politische und kulturelle Herausforderungen

Für Gewerkschaften und soziale Demokraten (SPD, Linke, Grüne, Teile der CDU) ist es in Teilen (Ost-) Deutschlands 5 Minuten nach 12. Allerdings will eine große Mehrheit der Deutschen von einer ethnozentrischen Verengung und deutschnationalen Isolierung innerhalb Europas nichts wissen. Drei Viertel der Deutschen stehen hinter dem Grundgesetz; 63 % befürworten die Stärkung des Zusammenhaltes in der EU.

- Eine Deradikalisierung am rechten Rand des Meinungsspektrums muss die Achtung der Rechte von Minderheiten und die Achtung der Menschenwürde des Einzelnen vermehrt in den Blick nehmen. Vor allem die Medien sind neben der Politik bei der Kritik an Rücksichtslosigkeit, Antisemitismus und Rassismus in hohem Maße gefordert. Auch bedarf es immer wieder der Erinnerung an den NS-Staat und seine Opfer. Schließlich ist die unmittelbare Geltung der ersten Artikel des Grundgesetzes eine unmittelbare Konsequenz aus dem Nationalsozialismus, angefangen beim Grundrecht auf Menschenwürde.
- Wir brauchen eine soziale Demokratie, keine national-soziale im Sinne der Höckes. Auf wirtschaftlichem Gebiet müssen Konsequenzen aus der Welt-Finanzkrise gezogen und ein solidarisches Europa verteidigt werden.
- Polizei und Rechtsstaatlichkeit müssen gesichert sein. Es darf kein Klima von Unsicherheit und Angst entstehen.

Detlef Merkel